Schweizerisches B u n d e s b l a t t.

Jahrgang VII. Band II.

N^{ro.} 39.

Mittwoch, den 22. August 1855.

Man abonniert ausschließlich beim nächst gelegenen Postamt. Preis für das Jahr 1855 im ganzen Umfange der Schweiz portofrei 4 Franken. Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden. Gebühr 15 Centimen per Zeile oder deren Raum.

B e r i c h t

der

Ständeräthlichen Kommission, niedergesetzt zur Begutachtung des Rekurses der Regierung von St. Gallen, betreffend die Steuerverhältnisse der schweizerischen Angehörigen.

(Vom 10. Juli 1855.)

I t t.

Durch Zuschrift vom 17. März 1852 hat die Regierung des Kantons Thurgau sich bei dem schweizerischen Bundesrathe beschwert, daß die Regierung des Kantons St. Gallen sich in zwei Spezialfällen geweigert habe, die Steuerforderungen thurgauischer Gemeinden gegenüber von in dem Kanton St. Gallen Angefessenen ohne Weiters auf dem Exekutionswege einzutreiben. Zur Begründung dieser Beschwerde führte die Regierung von

Thurgau an: nach dortigen Gesetzen seien die Gemeinden berechtigt, auch von ihren abwesenden (außer dem Kanton befindlichen) Bürgern in einem gewissen Umfange Beiträge zu den Auslagen in Kirchen-, Schul- und Armenfachen zu fordern. Nun seien sehr viele Thurgauer im Kanton St. Gallen niedergelassen, welche sich der Besteuerung widersetzen und sich berechtigt glauben, hierüber den Entscheid der St. Gallischen Gerichte anzurufen, während hingegen die thurgauische Regierung der Ansicht sei, daß, wenn die Besteuernten die Steuerforderung quantitativ oder qualitativ bestreiten wollen, sie den Refurs an die thurgauischen Administrativbehörden nach Vorschrift der dortigen Gesetze zu ergreifen haben. In Gemäßheit dessen schloß die thurgauische Regierung die Beschwerde mit der Erklärung, daß sie bezwecke, eine principielle Entscheidung über die Frage hervorzurufen, ob die Heimathsbehörde eines auswärtig Niedergelassenen kompetent sei, Anstände, betreffend Kirchen-, Schul- und Armensteuern zu entscheiden; im bejahenden Falle stelle sie dann ferner das Gesuch, daß der Steuerforderung in den erwähnten zwei Spezialfällen weitere Vollziehung verschafft werden möchte.

Die Regierung von St. Gallen bestritt diese Beschwerde durch Zuschrift vom 15/21. Dezember 1852, aus dem Gesichtspunkte der durch den Art. 3 der Bundesverfassung garantirten Kantonsouveränität, sowie mit Hinweisung auf den Art. 41, Ziffern 4 und 5 der Bundesverfassung, wonach das Besteuerungsrecht gegenüber von Niedergelassenen dem Niederlassungskanton eingeräumt sei, und auf den durch Art. 50 ausgesprochenen Grundsatz, daß der aufrechtstehende schweizerische Schuldner für persönliche Schuldforderungen stets an seinem Wohnsitz gesucht werden müsse. In Folge dessen wurde

die Erwartung ausgesprochen, daß der Bundesrath den Grundsatz anerkenne, daß das Souveränitätsrecht der Kantone sich nicht über ihr Gebiet hinaus erstreckt, sondern vielmehr das Recht der Besteuerung der Niedergelassenen die simultane Ausübung des gleichen Rechtes von Seite anderer Kantone ausschliesse, und daß mithin das Begehren von Thurgau abzuweisen sei.

Unterm 25. April 1853 faßte der Bundesrath hierauf den Beschluß: „Es sei das von der Regierung von Thurgau hinsichtlich der beiden Spezialfälle gestellte Begehren begründet und den erwähnten Steuerforderungen die Vollziehung zu gestatten, in sofern die Besteuernten sich nicht ausweisen, daß sie an die thurgauischen Oberbehörden rekurriert haben, und in sofern sie nicht andere von dem Besteuerungsrecht unabhängige, civilrechtliche Einreden geltend machen.“

Gegen diese Entscheidung hat die Regierung des Kantons St. Gallen durch Memorial vom 4. Juni 1854 den Rekurs an die Bundesversammlung ergriffen und den Antrag gestellt, diese wolle in Aufhebung der bezüglichen Verfügungen des Bundesrathes beschließen: „Es könne der Kanton St. Gallen nicht angehalten werden, Steuerforderungen anderer Kantone an Niedergelassene (Aktivbürger) desselben auf dem Exekutionswege einzutreiben, oder Entscheidungen außerkantonaler Behörden darüber anzuerkennen und zu vollstrecken.“

Diese Rekurschrift wurde unterm 19. Juli 1854 dem Bundesrath zur Berichterstattung mitgetheilt und von diesem durch Zuschrift vom 17. November gleichen Jahres einer ausführlichen Kritik unterworfen. *) Der bundesrätliche Bericht rief endlich Seitens der Regierung von St. Gallen einen vom 19. Juni l. J. datirten

*) S. Bundesblatt v. J. 1854, Band III, Seite 469.

Nachtrag zu ihrer Referschrift hervor, wodurch der Refers neuerdings zu rechtfertigen gesucht wird.

Die oben erwähnten Aktenstücke sind sämmtlich gedruckt und an die Mitglieder des Ständerathes ausgetheilt worden.

Auf die Grundlage der angeführten Akten hat nun die von Ihnen ernannte Kommission diese Angelegenheit in ihrer Sitzung vom 10. dieß behandelt. Nach der Ansicht der Kommission ist bei der Beurtheilung der Refersbeschwerde des Kantons St. Gallen zu unterscheiden:

- 1) die Frage der materiellen Berechtigung eines Kantons zur Besteuerung seiner außerhalb des Staatsgebietes wohnenden Bürger, und
- 2) die Frage der Kompetenz zu der Beurtheilung von sich dießfalls zwischen den heimatlichen Behörden und dem abwesenden Bürger erhebenden Streitigkeiten.

Diese beiden Fragen sind in dem Beschlusse des Bundesrathes und theilweise auch in den vorliegenden Eingaben nicht gehörig auseinandergelassen worden. Wäre die Kommission in dem Falle, über die erstere Frage ein Gutachten abzugeben, so würde sich dießfalls eine Theilung der Ansichten herausstellen. Ein Mitglied gieng nämlich bei der gepflogenen Vorberathung von der Ansicht aus, ein Bürger bleibe, ungeachtet seiner Niederlassung in einem andern Staate, stets Angehöriger seines Heimathkantons und könne daher auch von diesem, resp. von seiner Burgergemeinde, um die ihn treffenden Beiträge an die öffentlichen Lasten angegangen werden. Die Mehrheit der Kommission hingegen glaubte, ein solches Besteuerungsrecht auswärts Niedergelassener lasse sich weder durch die Natur der Sache, noch durch den

Buchstaben und den Sinn und Geist der Bundesverfassung rechtfertigen. Zur Begründung dieser Ansicht wurde angeführt einestheils, daß der auswärtig Niedergelassene nur in Beziehung auf gewisse persönliche Verhältnisse, nie aber in Beziehung auf seine auswärtig liegende Habe seinem Heimathkanton unterworfen bleibe, daß aber die Steuern nicht von der Person, sondern von dem Vermögen erhoben werden, und andernteils, daß jedenfalls dem Niederlassungskantone das Recht der Besteuerung des Niedergelassenen nicht bestritten werden könne, ein gleichzeitiges Besteuerungsrecht der Heimath somit zu einer doppelten Belastung und zu einer ungemessenen Erschwerung des durch die Bundesverfassung garantirten Niederlassungsrechtes führen müßte.

Die Commission war jedoch einstimmig der Ansicht, daß diese Frage bei dem Entscheide über die vorliegende Rekursbeschwerde nicht weiter zur Sprache kommen könne, indem nach dem Beschlusse des Bundesrathes sowohl als nach den Anträgen der beiden theilnehmenden Regierungen die materielle Berechtigung des Kantons Thurgau zur Besteuerung seiner auswärtig wohnenden Bürger gar nicht Gegenstand einer Schlußnahme der Bundesversammlung sein kann, der Streit sich vielmehr einzig und allein um die Frage der Kompetenz zu Entscheidungen gegenüber den steuerverweigernden Niedergelassenen und um die Vollziehbarkeit der von den thurgauischen Administrativbehörden decretirten Steueranlagen dreht.

In Beziehung auf diese zweite Frage nun ist Ihre Commission wieder einstimmig der Ansicht, daß die Rekursbeschwerde des Kantons St. Gallen begründet und demnach der Beschluß des Bundesrathes aufzuheben sei. Diese Ansicht der Commission gründet sich zunächst auf den Art. 3 der Bundesverfassung, wonach die Kantone

souverän sind, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist. Offenbar gehört nun die Jurisdiktion über die in einem Staate niedergelassenen Bürger, gleichviel ob dieselben Angehörige des Staates oder Fremde seien, zu den Souveränitätsrechten dieses Staates, und es muß daher demselben auch das Recht zugestanden werden, die Begründetheit von Forderungen, welche an einen Niedergelassenen aus irgend einem Rechtsgrunde gestellt werden, zu beurtheilen, bevor er ein Exekutionsverfahren zuläßt. Es fragt sich demnach bloß, ob die Bundesverfassung den in Art. 3 ausgesprochenen allgemeinen Grundsatz in Beziehung auf Steuersachen modifizire oder beschränke? Diese Frage ist nach der Ansicht Ihrer Commission unbedingt zu verneinen; ja es enthält die Bundesverfassung im Gegentheil Bestimmungen, welche das von dem Kanton Thurgau an den Kanton St. Gallen gestellte Begehren unbedingt ausschließen. Wir citiren in dieser Beziehung vorerst den Art. 49, wonach die Vollziehung in einem andern Kantone nur verlangt werden kann, auf ein von den competenten Gerichten eines Kantons ausgefalltes rechtskräftiges Civilurtheil. Nach der Ansicht Ihrer Commission läßt diese Verfassungsvorschrift keinen Zweifel übrig, daß auf einen andern Akt hin keine Kantonsregierung gehalten ist, die Vollziehung zu gestatten, und namentlich scheint es ihr einleuchtend, daß es nicht in der Willkühr eines Kantons liegen kann, dem angeführten Artikel dadurch eine größere Tragweite zu geben, daß er auf dem Wege seiner Partikulargesetzgebung gegebenen andern Titeln oder Akten die Bedeutung und Kraft eines Civilurtheils beilegt. Ferner berufen wir uns auf die Vorschrift des Art. 50, wonach der aufrechtstehende schweizerische Schuldner, welcher einen festen

Wohnsitz hat, für persönliche Schuldforderungen stets an seinem Wohnsitz gesucht werden muß. Dieser Artikel ist hterseitigen Erachtens wieder keiner verschiedenartigen Auslegung fähig; denn er nimmt nicht Rücksicht auf den Grund der Forderung, vielmehr ist einzig die Natur derselben entscheidend, und wir vermöchten nicht einzusehen, warum eine von Steuererlagen herrührende Forderung nicht eben sowohl eine persönliche sein sollte, als jede andere Geldforderung.

Aus den angeführten Gründen erlaubt sich demnach Ihre Commission, Ihnen den in Anschluß beiliegenden Beschlusentwurf zur Annahme zu empfehlen.

Schließlich glauben wir noch bemerken zu sollen, daß bei der Sitzung der Kommission Herr Schwarz nicht anwesend war; die oben erscheinenden Angaben über das Stimmenverhältniß beziehen sich daher bloß auf die anwesend gewesenen Mitglieder.

Mit Hochachtung!

Bern, den 10. Juli 1855.

Namens der Commission:
Niggeler, Berichterstatter.

Beschlusſentwurf.

Die Bundesversammlung
der ſchweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft,

auf eingegangene Rekursſchrift der Regierung des Kantons St. Gallen gegen den Beſchluß des Bundesrathes vom 25. April 1853, durch welchen die genannte Kantonsregierung in zwei Specialfällen angewieſen wurde, den Steuerforderungen von Gemeinden des Kantons Thurgau gegenüber ihren im Kanton St. Gallen niedergelassenen Bürgern die Vollziehung zu geſtatten, in ſofern die Beſteuerten ſich nicht ausweiſen, daß ſie an die thurgauischen Oberbehörden recurrt haben, und in ſofern ſie nicht andere von dem Beſteuerungsrecht unabhängige civilrechtliche Einreden geltend machen,

in Erwägung:

- 1) daß nach Art. 3 der eidgenöſſiſchen Bundesverfaſſung die Kantone ſouverän ſind, ſo weit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfaſſung beſchränkt iſt, und als ſolche alle Rechte auszuüben haben, welche nicht der Bundesgewalt übertragen ſind;
- 2) daß zu den Souveränitätsrechten eines Staates unzweifelhaft das Recht der Beurtheilung der grundsätzlichen Begründetheit und des Maßes von Steuerforderungen gehört, welche gegenüber den in ſeinem Gebiete angeſeſſenen Bürgern anderer Staaten von Seite ihrer heimathlichen Behörden zur Geltung gebracht werden ſollen;
- 3) daß demnach die Zumuthung der Vollziehung einer ſolchen Steuerforderung, ohne vorherige Unterſuchung ihrer Begründetheit Seitens der zuſtändigen Behörden des um die Vollziehung angegangenen

Kantons, eine Beschränkung der Souveränitätsrechte dieses letztern enthielte;

- 4) daß aber eine solche Beschränkung nicht nur durch die Bundesverfassung nicht gerechtfertigt erscheint, sondern der Art. 49 im Gegentheile nur den rechtskräftigen Civilurtheilen, die in einem Kantone gefällt worden, die Vollziehung in der ganzen Schweiz zusichert, und es unmöglich in der Willkühr der Kantone liegen kann, dieser Bestimmung dadurch eine größere Tragweite zu geben, daß sie auf dem Wege der Gesetzgebung auch andern administrativen oder sonstigen Akten die Kraft eines rechtskräftigen Urtheiles beimessen;
- 5) daß endlich, selbst vorausgesetzt, es läge bezüglich der Steuerpflichtigkeit eines außer seinem Heimathskanton niedergelassenen Bürgers ein von den Gerichten seiner Heimath ausgefallenes Urtheil vor, einem solchen Urtheile immerhin die Rechtskraft mangelte, da diese jedenfalls die Zuständigkeit des urtheilenden Gerichtes voraussetzte, für Forderungen der in Frage stehenden Art aber einzig die Gerichte des Wohnsitzes des Schuldners zuständig wären (Bundesverfassung Art. 50),

beschließt:

Es sei die Beschwerde der Regierung des Kantons St. Gallen begründet und es könne demnach der genannte Kanton nicht angehalten werden, Steuerforderungen anderer Kantone an Niedergelassene (Aktivbürger) desselben auf dem Exekutionswege einzutreiben, oder Entscheidungen außerkantonalen Behörden darüber anzuerkennen und zu vollstrecken.

(Vergl. eidg. Gesetzsamml., Band V, Seite 139.)

Bericht der ständeräthlichen Kommission, niedergesetzt zur Begutachtung des Rekurses der Regierung von St. Gallen, betreffend die Steuerverhältnisse der schweizerischen Angehörigen. (Vom 10. Juli 1855.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1855
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	39
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.08.1855
Date	
Data	
Seite	405-413
Page	
Pagina	
Ref. No	10 001 726

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.